

Entwicklungspolitischer Wahlcheck 08 Antworten von Bündnis 90/Die Grünen

Frage 1:

Unterstützen Sie die Forderung nach struktureller Förderung der Aktivitäten des EPN Hessen e.V. ?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Generell ziehen wir die Projektförderung einer dauerhaften institutionellen Förderung vor. Deshalb möchten wir das EPN im Rahmen von konkreten entwicklungspolitischen Projekten fördern. Da wir die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes ausweiten werden, kann dies zu einer Stärkung der Strukturen der EPN beitragen. Das Land benötigt einen verlässlichen Partner, um eine strategisch ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit aufbauen zu können.

Frage 2a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Haushaltsmittel für die Bildungs- und Projektzusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf mindestens den Betrag wie im Haushalt 2003 (534.000 EUR) anzuheben?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Eine größere Zahl von entwicklungspolitischen Projekten – zum Beispiel im Rahmen einer Länderpartnerschaft – wird zu einem höheren Finanzbedarf führen. Es erscheint uns sinnvoll, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung kontinuierlich anwachsende Beträge einzusetzen, um einen nachhaltigen Erfolg unserer entwicklungspolitischen Projekte zu gewährleisten.

Frage 2b:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des Bruttosozialprodukts für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Was für Deutschland als Ganzes gilt, muss auch für Hessen gelten. Natürlich können die Beiträge der Gebietskörperschaften nur gemeinschaftlich betrachtet werden: Die EU, die Nationalstaaten und deren Regionen haben gemeinsam dafür zu sorgen, dass das UNO-Ziel realisiert wird.

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, den entwicklungspolitischen Schwerpunkt in der Projektförderung des Landes Hessen auf den Bereich „Armutsbekämpfung“ zu verlagern bzw. um diesen zu ergänzen?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Im GRÜNEN Wahlprogramm fordern wir, mit der hessischen Entwicklungspolitik nicht in erster Linie Wirtschaftsförderung zu betreiben, sondern Beiträge zu Nachhaltigkeit, Umweltschutz und zur Reduzierung von Armut zu leisten. Dies gelingt am besten in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

Frage 4:

Unterstützen Sie die Forderung, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, sowie in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes stärker entwicklungspolitische Themen aufzunehmen?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Die GRÜNEN streben an, alle Bildungsinstitutionen und Bildungsinhalte auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung abzustimmen. Dies gilt für alle Etappen des lebensbegleitenden Lernens, von der frühkindlichen Bildung bis zum Seniorenstudium. In der Schule eignen sich Themen aus dem Bereich der globalen Entwicklung für fächerübergreifenden Unterricht, wobei sowohl die Natur- als auch die Sozialwissenschaften unverzichtbare Beiträge leisten.

Frage 5:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirats in Hessen?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Ein entwicklungspolitischer Beirat aus unterschiedlichen Interessengruppen und Erfahrungsbereichen kann dazu beitragen, eine strategisch ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit zu konzipieren, und in der hessischen Gesellschaft zu verankern.

Frage 6a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindordnung so zu ändern, dass a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingerichtet wird?

b) kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden?

Differenzierte Antwort, siehe unten.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Im Rahmen einer entwicklungspolitischen Strategie (z.B. auch mit einer Länderpartnerschaft) werden Projekte gemeinschaftlich von lokalen Initiativen, Kommunen und dem Land getragen. Im Rahmen von Städtepartnerschaften oder der Vereinsförderung haben die Kommunen selbstverständlich die Möglichkeit, entwicklungspolitische Vorhaben zu unterstützen. Eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit oder die obligatorische Ernennung von entwicklungspolitischen Beauftragten ist dazu nicht notwendig.

Frage 6b:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21 – Prozess durch die Landesregierung in Hessen und in den hessischen Kommunen gefördert wird?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

In einem Antrag zum Landeshaushalt 2008 fordern die GRÜNEN, eine Million Euro zur Förderung der lokalen Agenda 21 in den hessischen Kommunen bereitzustellen.

Frage 7:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge sich aktiv dafür einsetzen, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren einzukaufen und einzusetzen?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Im GRÜNEN Wahlprogramm kündigen wir an, beim Einkauf der Landesbehörden und bei öffentlichen Bauten konsequent darauf zu achten, dass ausschließlich umweltfreundliche Produkte beschafft werden. Der Einsatz umweltfreundlicher Produkte bezieht mit ein, dass sie auf nachhaltige Weise produziert wurden. Selbstverständlich muss darüber hinaus auch darauf geachtet werden, dass die Produkte unter akzeptablen sozialen Bedingungen hergestellt werden.

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN an die die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel
- b. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion
- c. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“: Umstrukturierung von WTO, IWF, Weltbank und G8 zu demokratisch kontrollierten Institutionen
- d. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten
- e. Verzicht auf Rüstungsexporte in Länder, die diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten

Differenzierte Antwort, siehe unten.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Im Sinne einer entwicklungspolitischen Strategie wird sich Hessen in Zukunft wieder stärker internationalen Organisationen und auch deren demokratischer Legitimation zuwenden.

Die von Ihnen genannten Themen enthalten zum Teil Selbstverständlichkeiten, die in allen demokratischen Parteien breite Zustimmung finden sollten. Zum Teil können die Forderungen jedoch nur nach sorgfältiger Prüfung im Einzelfall übernommen werden: So wäre ein genereller „Schutz regionaler Märkte“ mit dem Ende des Welthandels verbunden, der für alle Beteiligten jedoch auch unverzichtbare Vorteile bietet. Auch Maßnahmen, mit deren Hilfe internationale Institutionen eine größere demokratische Legitimation gewinnen können, sind sicherlich nicht einfach zu realisieren.

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge

- a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz und Armutsbekämpfung verbinden, z.B. durch die Förderung von erneuerbaren Energien?
- b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit über die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Die GRÜNEN sehen im Klimaschutz eine zentrale Aufgabe der Politik. Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung können nur gelingen, wenn die sozialen Folgen unseres Wirtschaftens mitbedacht werden. Projekte von Nichtregierungsorganisationen oder auch im Rahmen der lokalen Agenda 21 stellen regelmäßig Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung her.

Frage 10a:

Hessen ist - wie die BRD - ein Einwanderungsland. Migration stellt dabei einen Aspekt jener globalisierten Weltgesellschaft dar, an der die hessische Wirtschaft und Gesellschaft partizipieren und gleichermaßen profitieren. Migration ist ebenso Teil unserer Gesellschaft wie etwa das Verhältnis der Generationen oder jenes zwischen Armut und Reichtum. Integration ist ein Prozess, an dem alle Seiten gleichermaßen beteiligt sind: Der Appell zur Integration bedeutet daher, dass auch die

deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden und darin zukunftsgerichtet, offen und solidarisch zu handeln.

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit Migrant/innen in Hessen zukünftig die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten wie die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?
- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Das staatliche Handeln insgesamt muss davon geprägt sein, allen in Deutschland lebenden Menschen gleiche Chancen zu gewährleisten. Um diesen hohen Anspruch einzulösen, müssen wir bereits in Kindertagesstätten und Schulen beginnen.

Frage 10b

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl beantragen, gebührt ein besonderer gesellschaftlicher und politischer Schutz. Die Reife und Güte unserer Gesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, wie wir mit Menschen umgehen, denen eine persönliche Unversehrtheit vorenthalten wird. Das neue Aufenthaltsgesetz wurde geändert, um Kettenduldungen von AsylbewerberInnen abzuschaffen. Die permanente Existenzunsicherheit dieser Personen sollte verbessert und Integrationsmöglichkeiten geschaffen werden. In der Praxis zeigt sich jedoch: Weiterhin werden durch Abschiebungen Familien getrennt, Kinder, hier geboren und aufgewachsen, aus ihrem Lebensumfeld verbannt und kranke Menschen aus therapeutischen Behandlungen gerissen. Jugendliche beim Eintritt in die Volljährigkeit sind bedroht, da sie aus dem Asylverfahren der Eltern herausfallen. Auch durch die Bleiberechtsregelung wird nur ein Teil der Geduldeten einen Aufenthalt bekommen, am grundsätzlichen Problem der Kettenduldungen ändert sich nichts. Eine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, kann die Härtefallkommission darstellen. Hessen hat zwar die Möglichkeit genutzt, eine solche einzurichten, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern wurden in die Kommission jedoch keine Fachleute aus Wohlfahrtsverbänden oder Flüchtlingsorganisationen berufen.

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen,

- a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dass insbesondere Minderjährige und kranke Menschen nicht abgeschoben werden und Familientrennungen künftig verhindert werden?
- b. dass die Härtefallkommission in Hessen mit Fachleuten aus dem Flüchtlingsbereich besetzt wird?
- c. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere im Bereich der beruflichen Ausbildung Jugendlicher?

Ja.

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Alle demokratischen Parteien sollten die in a. enthaltenen Forderungen unterstützen. Damit diese – eigentlich selbstverständlichen – Forderungen keine Lippenbekenntnisse bleiben, sind im alltäglichen Handeln der hessischen Behörden umfassende Veränderungen nötig. Unter anderem muss Zusammensetzung und Arbeit der Härtefallkommission verändert werden. Im Gesetzentwurf der GRÜNEN Fraktion war vorgesehen, in die Härtefallkommission VertreterInnen der Kirchen, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, des Hessischen Flüchtlingsrates, von Amnesty International, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen und der Beratungseinrichtungen für Opfer von Menschenhandel aufzunehmen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass Entscheidungen über Einzelschicksale hauptsächlich von Experten aus der praktischen Flüchtlingsarbeit getroffen werden sollten.

Im GRÜNEN Wahlprogramm wird darüber hinaus die gezielte berufliche Förderung von EinwandererInnen durch Beratung, ausbildungsbegleitendes Mentoring und Hilfen bei Existenzgründungen besonders betont. Die Zahl der Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft hat sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt; sie beteiligen sich allerdings immer noch weit unterdurchschnittlich an der betrieblichen Ausbildung.

Wir werden deshalb bestehende Initiativen verstärken, die bei diesen Unternehmen um die Einrichtung von Ausbildungsplätzen werben.